



## Deutschlands Präsidentschaft in der G20 (II)

Nachhaltiger Wachstumspakt zur Steigerung von Produktivität und Krisenresilienz

*Arbeitskreis Junge Außenpolitiker*

### Zum Mitnehmen

- Trotz historisch niedriger Leitzinsen sind die Volkswirtschaften der Industrieländer nahe an der Stagnation. Maßnahmen zur Steigerung des Wachstumspotenzials sind deshalb notwendig – in den Industrieländern, aber auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Maßnahmen, die Deutschland im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft vorantreiben sollte, sind die Förderung besserer Mobilität für Arbeitskräfte, sowohl international als auch zwischen Berufen, sowie eine gemeinsame Initiative, um private und öffentliche Ausgaben in Forschung und Entwicklung zu stärken.
- Des Weiteren sollten die G20 auf europäische Erfahrungen aufbauen und mehr Anreize für private Investitionen in strategische Infrastruktur schaffen und eine Vereinbarung über eine koordinierte Reaktion auf künftige Wirtschaftskrisen treffen.

## INHALT

---

### 2 | Hintergrund

### 2 | Einleitung

### 3 | 1. Bildung: Höhere Mobilität von Arbeitskräften

### 3 | 2. Innovation: F&E gemeinsam fördern

### 4 | 3. Strategische Infrastruktur: Anreize für Investitionen schaffen

### 4 | 4. Krisenresilienz stärken, Protektionismus eindämmen

---

Niedriges Wachstum trotz historisch lockerer Geldpolitik

Geldpolitische Maßnahmen zur Schaffung von Wirtschaftswachstum ausgereizt

## Hintergrund

Deutschland wird im Dezember 2016 den Vorsitz der „Gruppe der 20“ von China übernehmen. Dieses Forum bringt die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zusammen, seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Die Präsidentschaft bietet Deutschland eine Chance, die internationale Agenda zur Bewältigung der vielfältigen globalen Herausforderungen zu prägen. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, die Präsidentschaft unter den Dreiklang „Stabilität, Zukunftsfähigkeit und Resilienz“ zu stellen.

Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung macht in diesem und zwei weiteren Papieren Vorschläge, welche Schwerpunkte die Bundesregierung setzen und welche Ideen zur Lösung weltweiter Probleme sie insbesondere im Rahmen der G20 verfolgen sollte. Der außenpolitische Nachwuchs leistet damit einen Beitrag zur konkreten Ausgestaltung der internationalen Verantwortung Deutschlands.

In diesem zweiten Papier geht es um die Förderung des globalen Wirtschaftswachstums. Die beiden weiteren Papiere befassen sich mit nachhaltiger Entwicklungspolitik und der Bedeutung globaler Gesundheit für Sicherheit und Stabilität.

## Einleitung

Nach immensen Wohlstandsgewinnen durch freie Marktwirtschaft und Welthandel generiert das derzeitige Wirtschaftsparadigma in den Industrieländern inzwischen nur noch geringes Wirtschaftswachstum. So hat es in den G7-Volkswirtschaften im Schnitt fünf Jahre gedauert, bis der Wohlstand von 2008 wieder erreicht wurde; Italien liegt immer noch 10% unter dem damaligen Niveau. Diese langsame Erholung überrascht umso mehr angesichts der in der westlichen Welt beispiellos lockeren Geldpolitik, die – mit Ausnahme der Vereinigten Staaten – bis heute unvermindert fortgesetzt wird. Dies legt den Schluss nahe, dass geldpolitische Maßnahmen zur Schaffung von Wirtschaftswachstum inzwischen ausgereizt sind: die Geldmengen sind riesig, die Zinsen historisch niedrig, und es stellt sich trotzdem kein nennenswertes Wachstum ein.

Im folgenden Papier macht der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker vier Vorschläge für konkrete Initiativen und Maßnahmen der G20-Staaten, um die strukturellen Ursachen niedrigen Wachstums und schleppender Produktivitätssteigerung zu adressieren. Diese bestehen aus einer globalen Kooperation in der Bildung, insbesondere zur Steigerung der Mobilität von Arbeitskräften zwischen Ländern und Berufen in der Innovations- und IT-Förderung, in der Finanzierung von Infrastrukturprojekten sowie in der Schaffung einer krisenfesteren globalen Wirtschaftsordnung, die sich an den Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

## 1. Bildung: Höhere Mobilität von Arbeitskräften

Die bereits bestehenden Schwierigkeiten der Industrie- und Schwellenländer, qualifiziertes Personal vor allem in technischen Berufen zu finden, werden sich im Zuge des Digitalisierungstrends sowie der Entwicklungen im Bereich Industrie 4.0 weiter verschärfen, während Arbeitsplätze in anderen Bereichen durch die Digitalisierung bedroht sind. Der Fachkräftemangel in bestimmten Berufsfeldern betrifft somit mittelfristig alle G20-Staaten; in anderen Berufsfeldern werden dagegen künftig wesentlich weniger Arbeitskräfte benötigt. Gleichzeitig sind das Ausbildungsniveau sowie die Attraktivität der Ausbildungsgänge in den betreffenden Staaten sehr unterschiedlich. **Ziel sollte daher eine höhere Mobilität von Arbeitskräften sowohl international als auch zwischen Berufsfeldern sein.**

Bessere Mobilität von Arbeitskräften – international und zwischen den Berufen

Gemeinsame Mindeststandards für die Ausbildung in technischen und digitalen Berufen

Zu ersterem Punkt würde die Festlegung gemeinsamer Mindeststandards durch die G20-Staaten, insbesondere für die Ausbildung in technischen und digitalen Berufen, beitragen. Diese würden die internationale Transparenz über Ausbildungsinhalte verbessern, ohne eine vollständige zwingende Anerkennung, die auf absehbare Zeit wohl unrealistisch ist, zu forcieren. Für die Implementierung der Mindeststandards bietet sich eine Kooperation der OECD mit der Weltbank an. Insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung kann Deutschland hier Erfahrungen und Strukturen beitragen.

Berufliche Neuorientierungen ermöglichen

Um eine höhere strukturelle Arbeitslosigkeit im Zuge der Digitalisierung der Industrie zu vermeiden, werden häufigere berufliche Neuorientierungen während der beruflichen Laufbahn unabdingbar sein, und die nationalen Arbeitsmärkte müssen so strukturiert und reguliert sein, dass diese möglichst reibungslos verlaufen. Da die Digitalisierung die Arbeitsmärkte unterschiedlicher G20-Mitgliedsstaaten in aller Wahrscheinlichkeit zeitversetzt betreffen wird, bietet sich die G20 als Forum an, um Erfahrungen mit der Erhöhung der Flexibilität und Effizienz von Arbeitsmärkten auszutauschen. Somit können die Wohlstandsgewinne durch die digitalisierte Wirtschaft im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft möglichst breit verteilt werden.

## 2. Innovation: F&E gemeinsam fördern

Vernetzung, Automatisierung und künstliche Intelligenz werden in aller Wahrscheinlichkeit die entscheidenden Wachstumsfelder in den kommenden Jahren und Jahrzehnten sein. Um von ihnen zu profitieren, ist neben einer wettbewerbsfähigen IT-Infrastruktur auch eine heimische Industrie, die Produkte in diesen Bereichen entwickelt und herstellt, notwendig.

Gemeinsame Zielsetzung bei den F&E-Ausgaben

**Die G20-Staaten sollten sich verpflichten, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu erhöhen, orientiert an einer Zielmarke von drei Prozent des nationalen BIP.** Diese Ausgaben könnten aus dem öffentlichen wie aus dem Privatsektor kommen, wobei der Fokus auf den Bereichen nachhaltige und digitale Technologien liegen sollte, um die für künftiges und dauerhaftes Wachstum erforderlichen Innovationen zu begünstigen. Ein verpflichtendes Reporting, welches den Anteil nachhaltiger und digitaler Technologien an den gesamten F&E-Ausgaben ausweist, erhöht die Transparenz.

Verpflichtendes Reporting erhöht Transparenz

Für die Zielerreichung im Rahmen der jeweiligen nationalen Industrieschwerpunkte sowie Investitions- und Unternehmensstrukturen bieten sich Modelle an, in denen öffentlich finanzierte Akteure und der Privatsektor zusammenarbeiten, wie es etwa die Fraunhofer-Gesellschaft in Deutschland seit langem erfolgreich praktiziert. Anreize für private Unternehmen könnten zudem durch Steuervorteile bei Investitionserhö-

Öffentlicher und privater Sektor gemeinsam für mehr Innovation

hungen gesetzt werden. Wichtig ist hier jedoch eine koordinierte Herangehensweise der Staaten, um zu verhindern, dass lediglich bestehende Investitionen steueroptimierend verschoben werden, sondern um tatsächlich zusätzliche Investitionen anzuregen. Eine weitere Vereinheitlichung von Standards und Normen könnte zudem für zusätzliche Skalengewinne bei koordinierten F&E-Investitionen führen.

### 3. Strategische Infrastruktur: Anreize für Investitionen schaffen

Mehr private Investitionen in Infrastruktur

Um das weltweite Produktivitätswachstum zu stärken, sind vielerorts erhebliche Investitionen in Infrastruktur notwendig. Dies trifft auf Schwellen- und Entwicklungsländer zu, jedoch auch auf einige der Industrieländer, in denen die öffentliche Infrastruktur lange vernachlässigt wurde. In diesem Bereich sollten die G20-Staaten auf bestehende Initiativen wie den European Fund for Strategic Investments (EFSI) aufbauen, um einen **strategischen Investitionsfonds auf globaler Ebene, oder mehrere regionale Investitionsfonds, anzuregen**. Durch den gezielten Einsatz öffentlicher Mittel kann ein Vielfaches an privaten Investitionen stimuliert werden, was in zweierlei Hinsicht vorteilhaft ist: Einerseits wird damit ein wesentlich größerer Ausbau von Infrastruktur erzielt, als er mit ausschließlich öffentlichen Mitteln erreicht werden könnte. Dieser wirkt sich gleichzeitig auf das kurzfristige und auf das langfristige Wachstum aus. Andererseits suchen Investoren im derzeitigen Niedrigzinsumfeld weltweit nach Investitionsgelegenheiten, die stabile und planbare Renditen abwerfen, wofür sich große Infrastrukturprojekte besonders gut eignen. Hierbei ist insbesondere der Aspekt der richtigen Regulierung der Projekte von großer Bedeutung, um Kontroversen und Fehlentwicklungen in der Zusammenarbeit mit privaten Investoren vorzubeugen. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern fehlt oft das nötige wirtschaftliche und juristische Wissen, um ÖPP-Projekte auf Augenhöhe abzuschließen. Hier kann ein Erfahrungsaustausch mit den regionalen Entwicklungsbanken, aber auch mit Initiativen wie dem EFSI, Abhilfe schaffen.

Austausch bei der Regulierung von ÖPP-Projekten

### 4. Krisenresilienz stärken, Protektionismus eindämmen

Bessere Koordinierung in Wirtschaftskrisen

Die Finanz- und Schuldenkrise hat sowohl die Industrie- als auch die Schwellen- und Entwicklungsländer vor eine große politische und ökonomische Herausforderung gestellt. Es ist ein gemeinsames Interesse der G20-Staaten, in Zukunft besser auf wirtschaftliche Krisen vorbereitet zu sein und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Eine weitere Koordinierung fiskal-, handels- und geldpolitischer Maßnahmen ist daher unerlässlich. **Weitreichende Abstimmung ist auf politischer Ebene vor allem zwischen den Finanzministern und auf Ebene der Zentralbanken unter den Zentralbankgouverneuren notwendig**. Eine weitere Institutionalisierung geld- und fiskalpolitischer Abstimmung, wie etwa die Vorbereitung nationaler Listen von Investitionsprojekten, die im Krisenfall als koordinierter keynesianischer Stimulus genutzt werden können, erscheint auf Grund schon bestehender Formate als realistisches und konsensfähiges Ziel der deutschen G20-Präsidenschaft. In Zeiten hoher Staatsverschuldung und ausgeprägter geldpolitischer Maßnahmenpakete ist es schwierig, zusätzliche Potentiale fiskal- und geldpolitischer Natur zu verwirklichen und Einigkeit über die richtigen Maßnahmen zu erzielen.

Vorbereitung nationaler Listen von Investitionsprojekten

Umso wichtiger ist es deshalb, in Krisensituationen protektionistische Tendenzen zu vermeiden. Protektionismus erscheint Regierungen häufig als einfachste Antwort, um die eigene Wirtschaft kurzfristig vor Schäden zu bewahren. Langfristig führen solche Praktiken jedoch zu globalen Entwicklungs- und Wohlstandsverlusten. Seit

der Finanz- und Schuldenkrise hat die Zahl protektionistischer Handelshemmnisse stark zugenommen. **Ziel muss daher sein, einen Mechanismus zu schaffen, der nicht nur einen weiteren Anstieg der Handelshindernisse ausschließt, sondern langfristig den Pfad zu einem Abbau von Hindernissen ebnet.**

Deutschland sollte deshalb mit seiner Präsidentschaft eine **Selbstverpflichtung der G20-Staaten gegen das Errichten neuer Handelshemmnisse** vorschlagen, darunter auch neue Exportbeschränkungen. Sollte eine so starke Maßnahme nicht konsensfähig sein, wäre ein "one in, one out"-Mechanismus, also die Möglichkeit, neue protektionistische Maßnahmen nur nach Aufhebung von bisherigen Hemmnissen einzuführen, eine plausible Alternative, die politische Flexibilität sicherstellen würde, aber zumindest dem immer stärkeren Zuwachs an protektionistischen Maßnahmen Einhalt gebieten würde. Die WTO könnte über die Umsetzung der Selbstverpflichtung berichten. Eine solche Stärkung des offenen und freien Handelsregimes liegt im Kerninteresse der stark exponierten Handelsnation Deutschland.

Handelshemmnisse:  
one-in, one-out

## Autorinnen und Autoren

*Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Informationen unter  
[www.kas.de/jungeaussenpolitiker](http://www.kas.de/jungeaussenpolitiker)

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

*Ansprechpartner:*

**Dr. Patrick Keller**

*Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik*

*Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit*

*Telefon: +49(0)30/26996-3510*

*E-Mail: [patrick.keller@kas.de](mailto:patrick.keller@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

ISBN 978-3-95721-236-8

[www.kas.de](http://www.kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite  
MARCIN NDerivative work:  
Durero (talk) - Wikimedia  
Commons, CC BY-SA 2.5